

Europa braucht eine zukunftsfähige Eiweißstrategie!

Das Landgrabbing mit Messer und Gabel muss beendet werden

von Martin Häusling

Die europäische Landwirtschaft scheint so produktiv zu sein wie nie zuvor. Doch die Grundlagen unserer Nahrungsmittelproduktion sind alles andere als nachhaltig. Unsere Lebensmittelerzeugung nutzt weit mehr Flächen als die europäischen Wiesen und Felder: Soja als Eiweißfuttermittel für unsere Tierproduktion wird auf Millionen Hektar außerhalb der EU angebaut. Unsere Kühe und Schweine weiden am Rio de la Plata. Fleischproduktion und -konsum in Europa sind nichts anderes als eine Landaneignung („Landgrabbing“) mit Messer und Gabel. Darüber hinaus trägt der Sojaanbau in Argentinien und Brasilien zur Abholzung des Regenwaldes bei. Und die Sojaimporte aus den USA sind ein Einfallstor für die Gentechnik in Europa. Hier muss umgedacht werden. Das haben auch das Europäische Parlament und die Europäische Kommission inzwischen erkannt. So hat das Europaparlament einen Initiativbericht in Auftrag gegeben, der Hemmnisse und Chancen des Anbaus von Eiweißpflanzen in der EU zum Thema hat. Der Autor des folgenden Artikels wurde zum Berichtersteller ernannt und zeigt in seinem Beitrag Wege zu einer zukunftsfähigen Eiweißstrategie für die Länder der Europäischen Union auf.

Die Diskussion um die neue Agrarreform bietet die Chance einer neuen gesellschaftlichen Debatte über Ziele und Neuorientierung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Nur mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens über das Leitbild der neuen Agrarpolitik sind die Bürger in Europa auch in der Zukunft bereit, eine Agrarpolitik finanziell zu stützen, die ihnen als Gegenleistung hochwertige und gesunde Lebensmittel sichert.

Die bisherige Agrarpolitik hat viele Probleme nicht gelöst – und manch neue Probleme geschaffen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft geht ungebremst voran. Täglich geben Bauern ihre Höfe auf. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen gelingt es immer weniger Bäuerinnen und Bauern, noch ein ausreichendes Einkommen zu erzielen und ihre Betriebe zukunftsfest zu machen. Das erfolgreiche Wirtschaften in benachteiligten Gebieten wird für die Mehrzahl der Betriebe fast unmöglich. Zeitgleich wird die Landwirtschaft in den Gunstregionen immer intensiver; dort entstehen – hoch subventioniert – Agrarwüsten und Megaställe mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Umwelt.

In der europäischen Agrarpolitik wird zweimal Geld ausgegeben: einmal für Schutz- und einmal für Schmutzregionen. Eine klare Zielsetzung der europäischen Agrarpolitik ist nicht erkennbar.

Futter für Tiere statt Nahrung für Menschen

Mit dieser Art zu wirtschaften belasten wir aber nicht nur die Umwelt in Europa, sondern tragen auch in anderen Regionen der Welt zur Intensivierung der Landwirtschaft bei. Und wir nutzen Flächen für unseren Ernährungsstil, die in anderen Regionen der Erde dringend für die Versorgung der Bevölkerung vor Ort benötigt werden. Für den großangelegten Kauf oder die Pacht von Agrarflächen durch finanzstarke Staaten oder Konsortien in wirtschaftlich schwachen Regionen, der der einheimischen Bevölkerung die Produktion von Lebensmitteln auf diesen Flächen unmöglich macht, wird neuerdings der Begriff „Landgrabbing“ (deutsch: Landaneignung) verwendet. Die Fremdfächennutzung durch den Futtermittelimport der EU ist nichts anderes als ein Landgrabbing mit Messer und Gabel. Derzeit werden 36 Prozent der weltweiten Getreideernte an Tiere verfüttert. Die weltweite Sojaernte geht zu 70 Prozent in die Mägen von Tieren. Nur noch ein Fünftel des Eiweißfutters für die Tierproduktion in der Europäischen Union wächst heute auch in der EU; 44 Millionen Tonnen werden jährlich importiert (78 Prozent). Auf rund drei Millionen Hektar wird außerhalb Europas allein für Deutschland Soja für unsere Tierproduktion angebaut. Das ist eine Fläche so groß wie das Bundesland Brandenburg.

In der Kennedy-Runde (1963–67) der Verhandlungen des Gemeinsamen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) wurde von den USA als Gegenleistung für die Akzeptanz der gemeinsamen Getreidemarktpolitik der Europäischen Union „nur“ eine Zollbefreiung für Sojabohnen beim Import in die Union ausgehandelt. Nachdem die Getreidemarktordnung 1967 in Kraft trat, wandelte sich die Europäische Union vom Nettogetreideimporteur zum weltweit zweitgrößten Getreideexporteur. Ursache hierfür war neben der steigenden Intensivierung der Produktion die Verdrängung des Getreides aus der Fütterung. 1950/51 lag der Getreideanteil am Kraftfutter bei 79,1 Prozent, 1994/95 nur noch bei 29 Prozent. Durch die Zollfreiheit beim Sojabohnenimport lag der Preis für eine Futtermischung mit Soja zum Teil um 40 Prozent unter dem einer Getreidemischung mit gleichem Nährstoffgehalt. Durch die geringere Getreideverfütterung wurden Flächen zum Anbau von Getreide für den Export frei. Ein eigener Anbau von eiweißreichen Futtermitteln wurde unter anderem durch das Blair-House-Abkommen mit den USA stark eingeschränkt. Das Abkommen ist ein 1992 im Rahmen der Uruguay-Runde geschlossenes Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten bezüglich einer Obergrenze für die Produktion von Nebenerzeugnissen beim Anbau nachwachsender Rohstoffe auf Stilllegungsflächen. Die Obergrenze ist auf eine Million Tonnen Sojaschrotäquivalente festgelegt, dies entspricht circa 1,4 Millionen Tonnen Rapskuchen. Bei einer Überschreitung der Obergrenze dürfen die Mehrmengen weder für die menschliche noch die tierische Ernährung verwendet werden.

Die Fähigkeit von Wiederkäuern (Rinder, Schafe und Ziegen), gesundheitlich wertvolle und schmackhafte Lebensmittel wie Rindfleisch und Milch aus für die menschliche Ernährung wenig nutzbarem Weideland zu erzeugen, ist ein wesentlicher Grund für die Nutzung dieser Tiere und ihrer Produkte in der Geschichte der Menschheit gewesen. Viele Flächen – vor allem im subtropischen Klima – sind anders kaum für die menschliche Ernährung nutzbar. Hier macht der Begriff „Veredelung“ noch Sinn.

Jedoch das Ausmaß an Produktion und Konsum von Fleisch, das seit Jahren in der Europäischen Union vorherrscht, hat mit einer sinnvollen Nutzung von Weideflächen nichts mehr zu tun. Hohe Sojaimporte waren und sind heute eine wesentliche Voraussetzung für eine Entwicklung der europäischen Landwirtschaft, die die Verbreitung der Massentierhaltung begünstigt und die Weidehaltung verdrängt. Diese Haltungsmethoden sind nicht nur äußerst rohstoff- und energieintensiv, klimaschädlich, umweltschädlich und unter Tierschutzgesichtspunkten strikt abzulehnen – sie sind auch im Hinblick auf die Welternährungsfrage nicht vertretbar. Denn energetisch gesehen verbraucht eine Kalorie Rindfleisch zehn Kalorien Getreide; bei Schweinefleisch ist das Verhältnis 1:3

und bei Eiern 1:4. In der gleichen Größenordnung liegen die Verluste beim Nahrungsprotein, wenn es verfüttert wird; bei Rindfleisch beträgt der Verlust sogar das 17-Fache. Der Verzicht auf den jährlichen Import von 50 Millionen Tonnen Futtermittel in die EU allein würde ausreichen, um 600 Millionen Hungernden eine ausreichende Zusatzernährung zukommen zu lassen.

Der von agrarindustrieller Seite, Teilen der FAO (1) und unserem nationalen Bioökonomierat in Deutschland immer wieder vertretene Standpunkt, eine weltweite Ertragssteigerung sei zur Bekämpfung des Hungerproblems nötig, mutet vor diesem Hintergrund zynisch an. Eine Gruppe von Wissenschaftlern (2) schätzte 2007 den maximal verträglichen weltweiten Fleischverbrauch für das Jahr 2050 ab. Sie gingen dabei von einem 40-prozentigen Anstieg der Weltbevölkerung bis 2050 aus und kamen auf eine verträgliche Menge von 90 g Fleisch pro Person und Tag. Dies würde eine erhebliche Verminderung des Fleischkonsums in entwickelten Ländern bedeuten, dort liegt dieser heute durchschnittlich bei 224 g pro Person und Tag.

Der Initiativbericht des Europaparlaments ...

Aus ethischen und aus Gründen des Klimaschutzes muss unsere „Fremdflächennutzung“ in Entwicklungsländern in Form von Sojaimporten für unseren Fleischbedarf deutlich zurückgeschraubt werden. Für eine nachhaltigere Futtermittelproduktion für die einheimischen Nutztiere sollte daher – neben einer Flächenbindung der Tierproduktion bei höchstens zwei Großvieheinheiten pro Hektar und einer Förderung der Weidenutzung – der einheimische Anbau von Leguminosen (Erbsen, Lupinen usw.) für eine EU-interne Versorgung mit Eiweißfuttermitteln gestärkt werden. Innerhalb der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU spielt das Thema Eiweißimporte beziehungsweise die Möglichkeiten des Anbaus von Eiweißpflanzen in der EU daher eine wichtige Rolle. Dies hat Agrarkommissar Ciolos auf seiner Abschlussrede bei der Konferenz *The CAP Post 2013* im Juli in Brüssel noch einmal bekräftigt.

Das Europaparlament hat daher entschieden, mit einem Initiativbericht zur Klärung dieser Frage beizutragen und mich als Berichterstatter ernannt. Der Bericht, dessen Veröffentlichung für das 1. Quartal 2011 geplant ist, wird unter anderem auf folgende Themen besonders eingehen:

- Welche Rahmenbedingungen der aktuellen Agrarpolitik behindern einen verstärkten Leguminosenanbau in der EU?
- Wie kann eine Förderung des Leguminosenanbaus in einer entkoppelten Förderstruktur etabliert werden?
- Wie lässt sich Sojaschrot je nach Tierart und Haltungsfarm mit einer Kombination aus einheimischen Ei-

weißpflanzen und einem verbesserten Weidemanagement ersetzen? Welche Forschung brauchen wir dafür?

- Welche positiven Mehrfachwirkungen durch einen vermehrten Leguminosenanbau in der Fruchtfolge sind im Hinblick auf die neuen Herausforderungen der GAP wie Artenvielfalt, Klimawandel, Wasser- und Bodenschutz zu erwarten?

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Frage nach dem Einsatz tierischer Proteine in der Fütterung. Die EU-Kommission überlegt, das Verbot der Verfütterung von Tiermehlen für Nicht-Wiederkäuer wieder aufzuheben. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat 2008 darauf hingewiesen, dass selbst niedrige Rückstände von Tierproteinen in Futtermitteln für Wiederkäuer eine Gefahr für die Verbraucherschaft darstellen. Sie warnt vor der Erhöhung der Toleranzschwellen für tierische Proteine in Futtermitteln. Die Fleischskandale der letzten Jahre belegen, dass eine ausreichende Kontrolle der Fleischwirtschaft – besonders beim Handel mit Schlachtabfällen – schwierig ist. Auch in diesem Zusammenhang hat eine Eiweißversorgung über den Anbau von Leguminosen deutliche Vorteile im Hinblick auf Lebensmittelsicherheit und -qualität sowie Tiergerechtigkeit.

... über die „Königin des Ackerbaus“

Den im Health Check 2008 definierten „neuen Herausforderungen“ Klimawandel, Wassermanagement und Schutz der biologischen Vielfalt könnte man durch eine stärkere Einbindung von Leguminosen, der „Königin des Ackerbaus“ (3), in die in den letzten 20 Jahren in Europa stark verarmten Fruchtfolgen gleich mehrfach positiv begegnen.

Hofeigene Düngung

Nach einer Zeit der stagnierenden Preise für Stickstoffdünger im Zeitraum 1988 bis 2000 sind die Preise dieser Rohstoffe allein zwischen 2006 und 2008 um 60 Prozent gestiegen. Die Produktion hofeigener Düngemittel über die Stickstofffixierung von Leguminosen könnte erhebliche Mengen Mineraldünger einsparen. Die Stickstofffixierung über Knöllchenbakterien kann bis zu 200 Kilogramm und mehr pro Hektar erreichen. Auch in Mischkulturen können Leguminosen einen großen Teil der Stickstoffdüngung einsparen. Dabei ist die Gefahr von Stickstoffauswaschungen durch Leguminosenanbau bei einer ausreichenden Kohlenstoffversorgung der Böden und dem richtigen Ernte-/Umbruchzeitpunkt im Vergleich zu Mineraldünger deutlich geringer.

Bodenlockerung

Hinzu kommt die Verminderung des Kraftstoffbedarfs bei der Bodenbearbeitung durch die Nutzung der Wurzel-

lockerung und des Gefügebau von Leguminosen-Zwischenfruchtgemengen oder erweiterter Fruchtfolgen.

Weniger Treibhausgase

Der Leguminosenanbau beinhaltet ein großes Energie- und damit Treibhausgas-Einsparpotenzial bei der Düngung und der Grundbodenbearbeitung und verbessert sowohl die Produktionsbedingungen als auch die Umweltauswirkungen im landwirtschaftlichen System.

Ein Allroundtalent

Leguminosen – ganz besonders Klee und Luzerne – haben als Haupt- oder Zwischenfrucht sehr günstige Wirkungen auf den Schädlingsdruck, die Bodenstruktur und die Bodenfruchtbarkeit sowie die Folgefrucht:

- Erhöhung der Artenvielfalt im System und dadurch Verringerung des Schädlings- und Unkrautdrucks,
- Stickstoffanreicherung,
- Zufuhr von qualitativ hochwertiger organischer Substanz mit engem Kohlenstoff/ Stickstoff-Verhältnis, Bindung von Kohlendioxid, dadurch Anreicherung von qualitativ hochwertigem Nähr- und Dauerhumus,
- Verbesserung des Bodengefüges,
- Förderung der Krümelstruktur,
- Anregung der Mykorrhizabildung und dadurch verbesserte Phosphor-Versorgung,
- Auflockerung von Unterbodenverdichtungen,
- Schutz vor Wind- und Wassererosion, Hochwasserschutz.

Qualität in der Erzeugung

Sojaschrot lässt sich je nach Tierart und Haltungsförm unterschiedlich gut ersetzen. Im Geflügelmastbereich ergeben sich bei einem höheren Anteil einheimischer Körnerleguminosen beispielsweise längere Mastzeiten. Für die Erzeugung von Premium- und Bio-Qualität stellt dies heute schon kein Problem dar. Eine Ausrichtung der Fleischproduktion auf Qualität statt billigen Massenoutput stünde im Einklang mit einer stärkeren Ausrichtung der Lebensmittelkette auf Qualitätsproduktion, wie dies im „Grünbuch“ der Europäischen Kommission (4) über die Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse gefordert wird.

Gensoja – Verursacherprinzip konsequent anwenden

Die Gentechnikindustrie hat die Kosten der Koexistenz bisher auslagern können. Bezahlen müssen alle die, die keine Gentechnik anwenden wollen. Die immer wieder geforderte Aufhebung der Nulltoleranz für in der EU nicht zugelassene GVO bei Futtermitteln soll darüber hinaus eine schleichende Kontaminierung legalisieren. Auch aus diesem Grund sind Sojaimporte wo immer es geht bei der Verfütterung durch einheimische Eiweißprodukte zu ersetzen. Die Nulltoleranz muss aufrechterhalten werden. Wer Gen-

Folgerungen & Forderungen

- Die Förderung des Proteinpflanzenanbaus muss Schwerpunkt der legislativen Vorschläge, Maßnahmen und Instrumente der GAP 2013 werden.
- Maßnahmen und Instrumente im Bereich ländliche Entwicklung, die die Entwicklung von Lagerkapazitäten, Verarbeitungseinheiten und Handelsstrukturen für einheimische Proteinpflanzen fördern, sind zu erarbeiten.
- „Nicht-handelsbezogene Aspekte“, die Agrar- und Umwelt-Auswirkungen von erweiterten Fruchtfolgen umfassen, sind in die Strategie der multilateralen Handelsverhandlungen aufzunehmen.
- In Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten ist die Definition der „Guten landwirtschaftlichen Praxis“ dahingehend zu überarbeiten, dass eine Mindestfruchtfolge mit einheimischen Eiweißpflanzen als Vorsichtsmaßnahme gegen Pflanzenkrankheiten und gegen die Preisvolatilität in der Tierproduktion aufgenommen wird.
- Einführung eines Rahmenprogramms der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung für eine dezentrale Agrarforschung sowie On-farm-Trainingsprogramme, welche die Forschung und Zucht von lokal angepassten Eiweißpflanzen verbessern.
- Einführung von Zahlungen für Landwirte, die zehn Prozent Eiweißpflanzen (einschließlich Klee gras) in ihre Fruchtfolge integrieren.
- Außerkraftsetzung des Blair-House-Abkommens.
- Besteuerung von Import-Gen-Soja.

technik anwendet oder damit handelt, muss für die Kosten getrennter Warenströme zur Kasse gebeten werden. Gensoja, das importiert wird, sollte besteuert werden. Die vielen positiven Wirkungen des einheimischen Leguminosenanbaus müssen einen Wettbewerbsvorteil genießen.

Große Wissenslücken und Handlungsbedarf

Für alle genannten Punkte bestehen jedoch in der landwirtschaftlichen Beratung und Praxis noch große Wissensdefizite. In der Forschung – besonders in der Sortenentwicklung und dem Mischfruchtanbau – sowie in der Beratung müssen große Anstrengungen unternommen werden, um die positiven Eigenschaften eines vermehrten Anbaus von Leguminosen effizient nutzen zu können.

Vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen – Klimawandel, Biodiversität, Boden- und Wasserschutz – ist mit Blick auf die EU-Kommission die Förderung des Proteinpflanzenanbaus als Schwerpunkt der legislativen Vorschläge, Maßnahmen und Instrumente der GAP 2013 zu fordern.

Dazu gehört im Einzelnen die Erstellung eines Berichts zu den Potenzialen des einheimischen Proteinpflanzenanbaus mit besonderem Fokus auf:

- Importsubstitution,
- Einkommen der Erzeuger und Entwicklung des ländlichen Raums,
- Klimawandel, Biodiversität, Gewässerqualität, Bodenfruchtbarkeit sowie Mineraldünger- und Pestizidreduktion.

Geklärt werden müssen die Defizite im Bereich Forschung, Saatgutentwicklung, Anbau und Beratung sowie die Auswirkungen der derzeitigen Einfuhrzölle und Handelsabkommen auf die verschiedenen Ölsaaten und Eiweißpflanzen. Ferner ist die Abgabe eines Berichts erforderlich über den derzeitigen Einsatz von Schlachtabfällen, Küchenabfällen, Fleisch- und Knochenmehl und anderen tierischen Proteinquellen als Futtermittel in den Mitgliedsstaaten sowie die Möglichkeiten zur alternativen Verwertung als Dünger, in Biogasanlagen oder zur Verbrennung unter Berücksichtigung der energetischen Effizienz und des Vorsorgeprinzips.

Die vielfältigen ökologischen Eigenschaften und Funktionen haben die Gruppe der Leguminosen – und hier besonders die Luzerne – einst zur „Königin des Ackerbaus“ gemacht, weil sie auf einfache Art nur positive Effekte erbringt. Unser Ziel sollte es sein, dieser Pflanzengruppe ihren Platz auf dem Acker zurückzugeben. Dies wäre ein ebenso einfacher wie wirkungsvoller Schritt hin zur Sicherung der Welternährung. Auf dem Weg dahin werden die verschiedenen Interessengruppen hoffentlich Weitblick beweisen.

Anmerkungen

- (1) FAO: Declaration of the World Summit on Food Security. Rome 2009.
- (2) A. J. McMichael et al.: Food, livestock production, energy, climate change and health. In: The Lancet 2007; 370(9594), pp. 1253–1263.
- (3) Siehe auch: A. Burckhardt et al.: Leguminosen – oder wie die Königin des Ackerbaus bei der Wissenschaft in Unnade fiel. AbL (Hrsg.), Rheda-Wiedenbrück 1991.
- (4) KOM (2008): Grünbuch zur Qualität von Agrarerzeugnissen, (KOM (2008) 641).

Autor

Martin Häusling

Mitglied des Europäischen Parlaments (Fraktion Grüne/EFA), Koordinator für die Grünen im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und Milchbauer in Nordhessen.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60 – ASP 8H 255
B-1047 Brüssel
martin.haeusling@europarl.europa.eu

